

Für Sicherheit, Souveränität und Wohlstand

Standpunkte und Initiativen der
AfD-Bundestagsfraktion zu Beginn
der 20. Wahlperiode



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt

2

Vorwort

3-4

Energiepolitik der Bundesregierung lässt Preise für Strom, Wärme und Benzin explodieren: AfD-Fraktion zeigt, wie es anders geht

5-6

Kernenergie: nicht das Problem, sondern die Lösung

7-8

Bundeswehr: zurück zur Landesverteidigung

9-10

Gesund ohne Zwang: Mehrheit in Bevölkerung und Parlament gegen eine Impfpflicht

11-12

Migration und Asyl: Warum es so wichtig ist, zu differenzieren

13-14

Die Meinungs-, die Versammlungs- und die Demonstrationsfreiheit sind bedroht

15-16

Verschuldung und Inflation sind keine Naturgesetze! Solide Währungs- und Finanzpolitik als Alternative

17-18

Den deutschen Sonderweg beenden: Ein gesunder Mix aus bewährten und neuen Energieträgern ist die Lösung

19-20

Die Kulturszene, die Veranstaltungs- und die Tourismusbranche werden sich von den unverhältnismäßigen Corona-Restriktionen nicht erholen

21-22

Bildung und Forschung: Das Land der Dichter, Denker und Ingenieure droht den Anschluss zu verlieren

23-24

Kabul steht symbolisch für das Scheitern der westlichen Politik

25-26

Gender dient nicht der Sichtbarmachung von Frauen, sondern dem woken Gesellschaftsumbau

27-28

Das Bundesverfassungsgericht von politischer Einflussnahme freihalten

29-30

Die Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion in Zahlen

Vorwort

Liebe Leser,

wie oft haben wir uns das im Bundestag schon anhören müssen: „Ihr meckert ja nur und habt selbst keine Lösungen“. Das ist gleich doppelt falsch. Zum einen muss eine Oppositionsfraktion „meckern“, schließlich gehört die kritische und pointierte Begleitung dessen, was die Regierung tut, zu den Kernaufgaben einer Opposition. Dass wir dafür von der Regierung kein Lob erhalten, versteht sich; eine Opposition, die mit der Regierung kuschelt, ist keine Opposition. Zum anderen haben wir unsere Kritik stets auch mit dem Aufzeigen konstruktiver Alternativen verbunden.

In der vorliegenden Broschüre belegen wir anhand ausgewählter Politikfelder, dass wir schon frühzeitig vor politischen Fehlentwicklungen warnten, die heute als solche anerkannt werden. Zunächst von den Regierungsfractionen als Schwarzseherei beiseite getan, wurden unsere Befürchtungen nur wenig später Wirklichkeit. Denken Sie etwa an die derzeitige Geldentwertung, die Energiekrise oder den gescheiterten Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – in diesen und anderen Politikfeldern war unsere Fraktion die erste im Deutschen Bundestag, die auf die Risiken der Politik der Regierungen unter Kanzlerin Merkel und Kanzler Scholz hinwies.

Inzwischen rücken die von uns aufgezeigten alternativen Lösungsvorschläge immer stärker in den öffentlichen Fokus. In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA (Juni 2022) spricht sich inzwischen eine Mehrheit der Bevölkerung für den Weiterbetrieb der vorhandenen Kernkraftwerke aus. Auch bei den anderen beiden genannten Beispielen wächst die Erkenntnis, dass die Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion von der Sache her völlig berechtigt waren: Die Bundeswehr muss sich wieder stärker auf die Landesverteidigung konzentrieren und wir müssen wieder zu einer soliden Währungs- und Finanzpolitik zurückkehren, anstatt auf Inflation und Schulden zu setzen.

Wir danken allen Kollegen und Mitarbeitern, die am Entstehen der vorliegenden Broschüre mitgewirkt haben, und wünschen Ihnen viel Freude und neue Erkenntnisse bei der Lektüre.

Alice Weidel

Dr. Alice Weidel, MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla

Tino Chrupalla, MdB
Fraktionsvorsitzender

Götz Frömming

Dr. Götz Frömming, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Energiepolitik der Bundesregierung lässt Preise für Strom, Wärme und Benzin explodieren: AfD-Fraktion zeigt, wie es anders geht

Die sogenannte Energiewende hat Deutschland – verglichen mit den großen Industrienationen – den teuersten Strom und zugleich eine unsichere Versorgungslage beschert. Ausfälle gehören zur neuen deutschen Normalität. So musste beispielsweise die Deutsche Bahn Ende März 2022 Teile des Güterverkehrs wegen Stromengpässen lahmlegen. Die AfD-Fraktion hat diese Entwicklungen vorhergesehen.

Der Anteil der sogenannten erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch lag 2021 in Deutschland bei 16,1 Prozent (2020: 14,9 Prozent). Der Anteil der Windkraft betrug 3,5 Prozent. Das heißt, 83,9 Prozent der Energie stammen aus Quellen, von denen sich die Bundesregierung verabschieden will. Auf einen Blackout ist die Bundesrepublik noch weniger vorbereitet, als sie es Anfang 2020 auf eine Pandemie war.

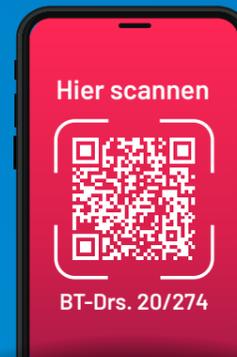
Im April 2022 haben sich nach Analysen des Vergleichsportals Verivox die Preise im Vergleich zum Vorjahr folgendermaßen erhöht: Heizöl um 78 Prozent, Gas um 15 Prozent, Ben-

zin um 21 Prozent und Diesel um 34 Prozent. Die Strompreise steigen durch die Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke so schnell, dass Vergleiche im Wochentakt veralten. Bereits im September 2021 war Strom in Deutschland durchschnittlich 163 Prozent teurer als im Rest der Welt (32,1 Cent pro Kilowattstunde; internationaler Durchschnitt: 12,2 Cent). Im März 2022 lag der Preis bei fast 40 Cent pro Kilowattstunde. Steuern, Umlagen und Abgaben machen inzwischen mehr als die Hälfte davon aus.

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, die Explosion der Gas-, Strom-, Heizöl- und Spritpreise zu stoppen und die galoppierende Inflation zu bekämpfen. Auch müssen die Bürger von den weltweit höchsten Steuern entlastet werden. Mit ihrem Fitnessprogramm für Deutschland fordert die Fraktion unter anderem, die CO₂-Steuern abzuschaffen und die Energie-, Strom- sowie die Mehrwertsteuer zu senken (Drucksache 20/2589).



KERNENERGIE: NICHT DAS PROBLEM, SONDERN DIE LÖSUNG



Der populistische Atomausstieg unter Kanzlerin Merkel im Jahr 2011 hat die deutsche Energieversorgung von zwei unberechenbaren Faktoren abhängig gemacht: vom Wetter und von Russland. Ein Land, das unabhängig sein will, muss seine Energie entweder selbst erzeugen oder mehrere Optionen des Energieimports besitzen. Sonst ist es politisch erpressbar oder die Lichter gehen aus. Dass sich die Bundesregierung in diesem Dilemma befindet, haben sich die Regierungsparteien durch ihre ideologische Fixierung auf die sogenannte Energiewende selbst zuzuschreiben. Im September 2019 verkündete Olaf Scholz, damals Vizekanzler unter Kanzlerin Merkel, im Bundestag, Deutschland werde gleichzeitig aus Kohleverstromung und Atomenergie aussteigen, „weil wir es können“. (Deutscher Bundestag, 10.09.2019)

Elon Musk, einer der erfolgreichsten Unternehmer der Welt, nennt den deutschen Atomausstieg „verrückt“ und schlägt vor, nicht nur die noch laufenden Kraftwerke, sondern auch die bereits vom Netz genommenen weiterzubetreiben. Inzwischen ist dieser Vorschlag in der Bevölkerung mehrheitsfähig, wie aktuelle Umfragen zei-

gen. Schweden deckt 40 Prozent seiner Versorgung mit Atomstrom, Frankreich sogar um die 70 Prozent. Polen baut sechs neue Kernkraftwerke, deren Leistung nahezu identisch ist mit der jener sechs Kernkraftwerke, die Deutschland abgeschaltet hat oder abschalten will. Ende März 2021 haben 46 Umweltorganisationen aus der ganzen Welt in einem offenen Brief an die EU gefordert, dass die klimafreundliche Kernenergie Teil des europäischen „Green Deal“ wird. Neue Reaktortypen wie der Thorium-Flüssigsalz-Reaktor und der Dual-Fluid-Reaktor produzieren kaum noch strahlenden Müll und können die verwendeten Brennstäbe, die noch 95 Prozent der ursprünglichen Energie enthalten, verwerten. 2021 ging der erste Thorium-Reaktor im chinesischen Wuwei in Betrieb. Die Technologie stammt aus Deutschland!

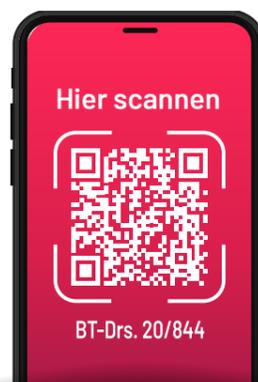
Die AfD-Fraktion hat sich seit 2017 mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen dafür eingesetzt, dass die Regierung den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglicht (Drucksache 20/274) und die ideologisch motivierte Blockadehaltung gegenüber der Kernenergie endlich aufgibt.

Bundeswehr: zurück zur Landesverteidigung

Die Bundeswehr ist nicht einsatzbereit. Die Verantwortung für diesen Verfassungsbruch tragen nicht die Soldaten der Bundeswehr, die treu ihren Dienst für das Vaterland versehen. Die Schuld tragen die Regierungen der letzten Jahrzehnte, die Deutschlands Streitkräfte bis zur Unkenntlichkeit verkleinert und entkernt haben. Die AfD-Fraktion weist seit ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag vor über vier Jahren immer wieder darauf hin, dass sich Kampfkraft, Einsatzbereitschaft und die Mentalität in unseren Streitkräften entscheidend verbessern müssen; dass wir im Heer, in der Marine und der Luftwaffe gut ausgebildete Soldaten brauchen, denen eine optimale Ausrüstung und die besten verfügbaren Waffen zur Verfügung stehen, die in der Lage sind, diese im Verteidigungsfall wirkungsvoll einzusetzen und die auch mental den Anforderungen im Gefecht genügen (Drucksache 20/844). Gleichzeitig muss die Bundeswehr entbürokratisiert werden. Durch den Wegfall ihrer zivilen Verwaltung und die Schaffung eines General-

stabs ließen sich Milliarden von Euro einsparen. Angesichts des Krieges in der Ukraine scheint jetzt ein Umdenken einzusetzen. Viele Politiker der anderen Bundestagsfraktionen gaben sich über Jahrzehnte der Illusion hin, militärische Konflikte, zumal in Europa, würde es nicht mehr geben. Zuletzt kündigte Bundeskanzler Scholz kurz nach Ausbruch der Kämpfe in der Ukraine an, der Bundeswehr ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro bereitstellen zu wollen, mit dem die deutschen Streitkräfte besser ausgerüstet und bewaffnet werden sollen.

Inzwischen wurde aus der Ankündigung nach langen Debatten ein Gesetz. Die AfD-Bundestagsfraktion wird dessen Umsetzung mit eigenen parlamentarischen Initiativen begleiten, damit die der Bundeswehr zugesagten Finanzmittel auch tatsächlich der Bundeswehr und ihren Soldaten zugutekommen.

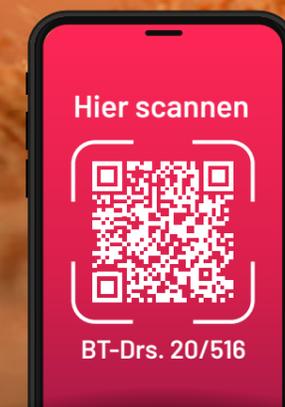


Gesund ohne Zwang: Mehrheit in Bevölkerung und Parlament gegen eine Impfpflicht

Wenn eine neuartige Impfung Schutz bietet, wird sie überzeugen. So ähnlich wie das Auto als modernes Transportmittel die Besitzer von Pferdewagen überzeugen konnte. Dieser Prozess der Akzeptanz ist keiner, der mit Strafen arbeiten darf, wenn er langfristig erfolgreich sein will. In einer freiheitlichen Demokratie verbietet er sich vollends. Zumal dann, wenn die vermeintlichen Gewissheiten der Wissenschaft keine sind: Von „Die Impfung ist langfristig wirksam und sicher.“ über „Die Impfung schützt in den meisten Fällen vor Ansteckung und ist mindestens ein Jahr wirksam.“ und „Die Impfung schützt vor schweren Verläufen und ist neun Monate wirksam.“ bis zu „Die Schutzwirkung der Impfung lässt nach kurzer Zeit nach und muss alle paar Monate erneuert werden.“ war es ein steiniger Weg, der letztlich in eine Sackgasse geführt hat. Dass man eine Impfung, die nicht frei von Nebenwirkungen ist, die

nicht mit Sicherheit schützt und ständig erneuert werden muss, nicht zwangsweise verordnen kann, hätte die Leitlinie besonnenen politischen Handelns sein müssen.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich stets einem Impfwang entgegengestellt und im ersten Antrag zur Impfpflicht (Drucksache 20/516) die Regierung aufgefordert, von den Plänen zur Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht gegen das Virus SARS-CoV-2 Abstand zu nehmen. In einer aufgeklärten Demokratie muss die Impfscheidung freiwillig bleiben! Und so hat der Bundestag Anfang April 2022 alle diesbezüglichen Anträge abgelehnt. Ein Sieg der Vernunft – und der AfD-Fraktion.



Migration und Asyl: Warum es so wichtig ist, zu differenzieren

Es ist notwendig, zwischen wirklich politisch Verfolgten und echten Kriegsflüchtlingsen einerseits und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden. Diese schon im Grundsatzprogramm der AfD von 2016 erhobenen Forderungen haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

Im Jahr 2020 entschied das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Asylanträge von 145.071 Personen. Flüchtlingsschutz gemäß der Genfer Konvention erhielten allerdings nur etwas mehr als 32.000 Personen. Dass Asylbewerber, auch wenn sie keinen Rechtsanspruch auf Asyl haben, versorgt werden müssen, dass sie Unterkunft, Kleidung, Nahrung brauchen, liegt auf der Hand. 2020 kamen – bei ungefähr 15.000 Euro Kosten jährlich pro Flüchtling für Unterbringung, Kleidung und Nahrung – gut 1,7 Milliarden Euro Menschen zugute, die kein Bleiberecht in Deutschland haben bzw. bei denen dies fraglich ist. Das sind ungefähr 40 Prozent der 4,4 Milliarden Euro, die allein der Bund in diesem Jahr für Asylbewerberleistungen ausgab.

Allerdings dürfte die Dunkelziffer der sich in Deutschland ohne Bleiberecht aufhaltenden Personen sowie die daraus entstehenden Kosten für Staat und Gesellschaft weitaus höher sein: So geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (Drucksache 19/18352) hervor, dass sich „am 30. Juni 2018 insgesamt 689.970 Personen in Deutschland aufgehalten“ hätten, deren „Asylantrag rechts- oder bestandskräftig abgelehnt wor-

den“ sei, „ohne dass dies direkte Rückschlüsse auf den aktuellen Aufenthaltsstatus“ zulasse.

Legt man wiederum die 15.000 Euro für ihre Unterbringung, Kleidung und Nahrung zugrunde, sind dem Staat in diesem Jahr Kosten von 10,3 Milliarden Euro entstanden. Dass es in den Jahren 2019 und 2020 nur 22.097 bzw. 10.800 Abschiebungen gab, also der weitaus größte Teil der abgelehnten Asylbewerber nach wie vor in Deutschland verblieb, wiegt dabei umso schwerer, nicht nur wegen der finanziellen Belastungen, sondern auch aufgrund der Situation auf dem Wohnungsmarkt, die sich seit der Masseneinwanderung nach Deutschland 2016 zusehends verschärft.

Wie notwendig eine Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingsen und irregulären Migranten ist, um die tatsächlich Hilfsbedürftigen zu unterstützen, zeigen die 300.000 Ukrainer, die aufgrund des Krieges seit Februar 2022 nach Deutschland kamen. Der Bund stellte für sie im Jahr 2022 zwei Milliarden Euro zur Verfügung – doch nach wie vor suchen die Verantwortlichen in Städten und Gemeinden dringend nach Wohnungen für sie.



Die Meinungs-, die Versammlungs- und die Demonstrationenfreiheit sind bedroht.

„Diese Stasi-Methoden erinnern mich an die DDR. Ich rufe jeden einzelnen Nutzer der Sozialen Medien auf, sich gegen eine solche Unterdrückung zu wehren und die gelöschten Kommentare immer und immer wieder zu veröffentlichen!“ Mit diesen Worten protestierte der damalige Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alexander Gauland, am 2. Januar 2018 gegen das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ der Bundesregierung.

Seitdem sind unzählige Kommentare und Meinungsäußerungen in den Sozialen Medien gelöscht worden. Darunter viele, für die eigentlich

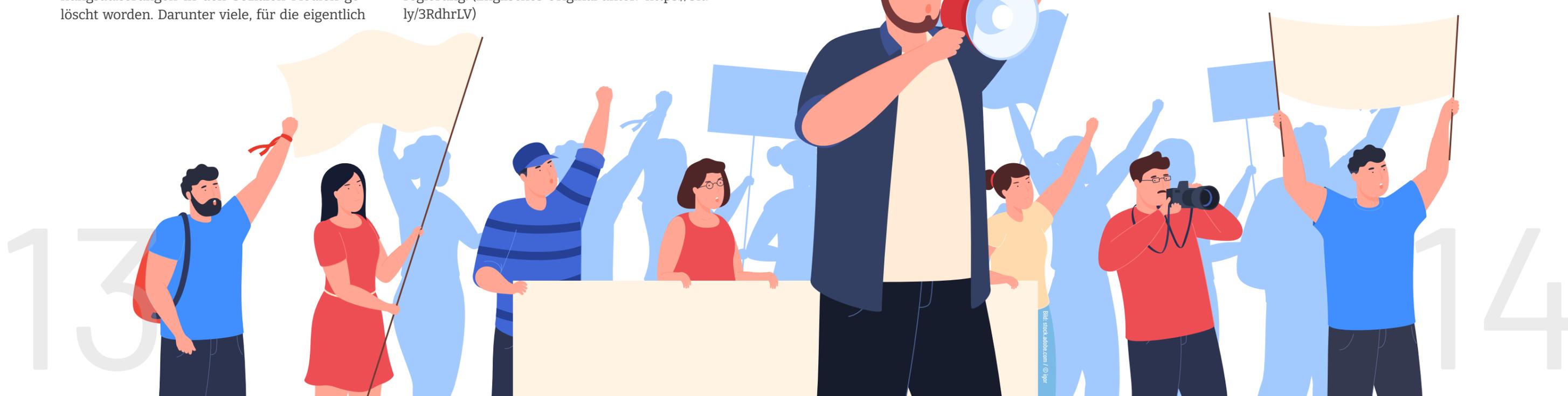
das Recht auf freie Meinungsäußerung gelten müsste.

Aber die von Facebook und anderen Anbietern zur Durchsetzung des Gesetzes abgestellten Mitarbeiter löschen lieber einmal zu viel als zu wenig. Sie können zugleich verfolgen, anklagen, verurteilen und bestrafen. Sie haben damit Befugnisse, die in einem Rechtsstaat der Gewaltenteilung unterliegen müssten. Sogar der damalige Sonderberichterstatter zur Meinungsfreiheit der Vereinten Nationen, David Kaye, wandte sich deshalb in einem offenen Brief an die Bundesregierung. (Englisches Original unter: <https://bit.ly/3RdhrLV>)

Dabei stellt das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ nur die eine, gesetzlich legitimierte Seite der Verfolgung politisch Andersdenkender dar. Seit einigen Jahren kommt es in Deutschland immer häufiger auch zu tätlichen Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen durch selbsternannte „Aktivisten“, die Vorlesungen stören, Lokale und Veranstalter attackieren. Zu den Opfern zählen nicht nur Politiker, sondern auch hochrangige Beamte wie Rainer Wendt, Chef einer Polizeigewerkschaft, Professoren wie Jörg Baberowski oder der Schriftsteller Uwe Tellkamp. Jeder, der sich außerhalb des von den öffentlich-rechtlichen Medien vorgegebenen Meinungskorridors bewegt, läuft Gefahr, zur Zielscheibe zu werden. Gegen diesen Hass unternimmt die Bundesregierung erkennbar nichts.

Die AfD-Fraktion hat als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag auf Streichung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes eingebracht. Denn der Schutz der Grund- und Bürgerrechte ist eine wesentliche Aufgabe eines demokratischen Rechtsstaates. Zu diesen

verbrieften Rechten gehört auch die Meinungsfreiheit. Joana Cortar, Digitalpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt dazu: „Den Angriffen der Regierung auf die Bürgerrechte muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.“ (Drucksache 19/18973)



Verschuldung und Inflation sind keine Naturgesetze! Solide Währungs- und Finanzpolitik als Alternative



Seit der Finanzkrise von 2008 erhöht die EZB unablässig die Geldmenge und hält die Zinsen niedrig. Sie hofft, dadurch Investitionen und Konsum anzukurbeln. Doch tatsächlich entwertete sie mit jenen Maßnahmen das angesparte Geld der Bürger. Aufgrund der Konsumeinschränkungen und Lieferengpässe infolge der Corona-Maßnahmen sowie der derzeit hohen Energiepreise gehen Wirtschaftsexperten für das Jahr 2023 von zweistelligen Inflationsraten aus. Das würde bedeuten: Die in Deutschland existierenden Sparvermögen verlieren mindestens zehn Prozent an Wert.

Auch beim Target-2-System, das Forderungen und Guthaben europäischer Unternehmen in der EZB zusammenfasst, steigen die deutschen Forderungen an die EZB mittlerweile ins Unermessliche. Derzeit betragen sie schon über eine Billion Euro. Die AfD-Fraktion forderte daher eine Reform des Target-Systems, um eine umfassende Besicherung von Target-Forderungen zu ermöglichen (Drucksache 19/9232).

Seit Jahren sind weite Teile der Unter- und Mittelschicht in Deutschland aufgrund der instabilen Gemeinschaftswährung von Wohlstandsverlusten betroffen. Die derzeitige Inflationskrise ist Ausdruck dieser gescheiterten Geldpolitik und zeigt: Der Euro ist und bleibt eine finanzpolitische Fehlkonstruktion.



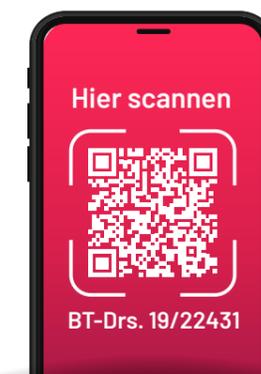
Den deutschen Sonderweg beendenden: Ein gesunder Mix aus bewährten und neuen Energieträgern ist die Lösung

Die unbedingte Voraussetzung für ein internationales Vorgehen ist, dass Länder wie Deutschland, die eigentlich den Umweltschutz vorantreiben wollen, die Koordination der notwendigen Maßnahmen durch Kooperationen aktiv unterstützen. Konzepte hierfür wurden in den vergangenen Jahren in Wissenschaft und internationalen Organisationen entwickelt. Darauf könnte die deutsche Politik aufbauen.

Ein Ausstieg Deutschlands aus der Kohleverstromung hilft dem „Klimaschutz“ nicht; im Gegenteil, er schadet sogar. Kohlekraftwerke mit Luftreinigungsvorkehrungen nach aktuellem Stand der Technik sollten uneingeschränkt weiter betrieben werden können. Die derzeitige Infrastruktur aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken hat sich bisher für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung bewährt. Einen Ausstieg vom Ausstieg aus der Kohleverstromung fordert die AfD-Fraktion in dem Antrag „Umweltverträgliche Kohlekraftwerke weiter betreiben – Ausstieg aus der Kohleverstromung stoppen“ (19/22431).

Die Energiewende in Deutschland hat sich zudem im vergangenen Jahr umgekehrt: Von einer Stromerzeugung, die sich im ersten Halbjahr 2020 schon mehrheitlich auf sogenannte erneuerbare Energieträger verlagert hatte, ist sie im ersten Halbjahr 2021 wieder deutlich zurückgeschwenkt: Statt knapp 52 Prozent des verbrauchten Stroms stammten nur noch 44 Prozent aus erneuerbaren Quellen. Der deutlich größere Teil kam aus Kohle, Kernenergie und Erdgas. Unter diesen drei Energieträgern machte die Kohle mit 27 Prozent den stärksten Anteil aus. Die Ukraine-Krise hat diese Entwicklung nochmals verschärft. Die Laufzeitverlängerung für die bestehenden Kernkraftwerke ist ein Gebot der Vernunft. Aktuelle Umfragen bestätigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung das inzwischen auch so sieht.

Wenn ein deutscher Kohleausstieg nur dazu führt, dass andere Länder mehr CO₂ produzieren, weil sie aufgrund des dann größeren Angebots günstig CO₂-Zertifikate im EU-Emissionshandel erwerben können, dann setzt die deutsche Bundesregierung dadurch massive Fehlanreize. Die Stromkosten würden zusätzlich zu den Kosten der Neustrukturierung steigen und den Wirtschaftsstandort Deutschland doppelt belasten. Werden dann noch energieintensive Sparten ins Ausland verlagert, würden die ehemals deutschen klimaschädlichen Treibhausgase lediglich woanders emittiert und die sichere Grundlastfähigkeit in Deutschland weiter erodieren.



18

Die Kulturszene, die Veranstaltungs- und die Tourismusbranche werden sich von den unverhältnismäßigen Corona-Restriktionen nicht erholen

„Der Lockdown wird zu lange aufrechterhalten. (...) Die Lage der mehrheitlich privatwirtschaftlich finanzierten kleineren und mittleren Kulturstätten ist mittlerweile dramatisch; sie stehen seit Monaten ohne Einnahmen dar. (...) ‚Neustart Kultur‘ durch sofortigen Exit aus dem Stillstand.“ So kritisierte 2020 der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Marc Jongen, die überzogenen Maßnahmen der Regierung während der ausgerufenen Pandemie.

Die von den Regierungen des Bundes und der Länder initiierten und durchgesetzten Eingriffe in die Theater-, Orchester- und Museenlandschaft Deutschlands werden diese womöglich auf Jahre oder gar Jahrzehnte verändern. So hat der Deutsche Musikrat, der Dachverband der deutschen Musiker, in seiner 2021 erschienenen Studie „Eiszeit“ (Vgl. <https://www.musikrat.de/corona/eiszeit>) aufgezeigt, was der monatelange Stillstand des kulturellen Lebens bedeutete. So gingen zum Beispiel die Umsätze selbständiger Musiker zwischen 2020 und 2021 um 42% zurück. Noch gravierender sind die langfristigen Folgen: Man befürchtet die „Schließung von zahlreichen Veranstaltungsorten“ und eine „Verarmung der Spielstättenzene“. Von der „Verlagerung von analogen Musikangeboten in den digitalen Bereich“ ist die Rede, von „Abwanderung aus Musikberufen“ und „Nachwuchsproblemen“, die die künstlerische Qualität beeinträchtigten. Ungefähr ein Drittel der selbstständigen Musiker habe aufgrund der fehlenden beruflichen Perspektive das Musikleben bereits verlassen, denke darüber

nach oder sei zeitweilig in einen anderen Beruf gewechselt. Zudem werde damit gerechnet, dass künftig 50 Prozent weniger Menschen einen musikalischen oder musikpädagogischen Beruf ergreifen.

Deutschland ist aufgrund seines reichhaltigen Kulturangebots, seiner Geschichte, der Lebensart seiner Bürger und der Vielfalt seiner Regionen und Landschaften als Reiseziel bei in- und ausländischen Touristen sehr beliebt. Im Tourismus bietet sich ein ähnlich düsteres Bild wie im Kulturbereich, vor allem im Gaststätten- und Hotelgewerbe. Die AfD-Fraktion hat daher frühzeitig die Unterstützung der schwer angeschlagenen deutschen Reisewirtschaft durch gezielte Anreize zur Buchung von Deutschlandreisen gefordert (Drucksache 19/20591). Seit Corona besteht die Sorge, dass die Innenstädte veröden, da immer mehr Cafés und Restaurants schließen. Dem Gastgewerbe, das unter den Corona-Maßnahmen in besonderem Maße gelitten hat, fehlen jetzt Fachkräfte. Zehntausende, so heißt es, hätten bereits mit den Füßen abgestimmt – und sich beruflich umorientiert.

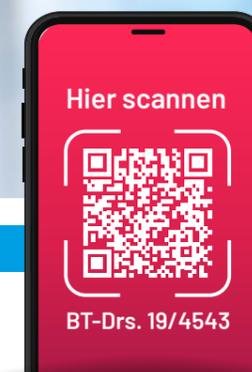


Bildung und Forschung: Das Land der Dichter, Denker und Ingenieure droht den Anschluss zu verlieren

Zahlreiche Indikatoren weisen darauf hin, dass Deutschland in Bildung und Forschung den Anschluss an die internationale Spitze verliert. Deutsche Schüler schneiden bei internationalen Bildungsvergleichen erschreckend schlecht ab. Schuld daran ist nicht allein die seit Jahrzehnten fehlende Steuerung der Einwanderung, sondern auch eine ideologisch geprägte Bildungspolitik, der Leistung und Disziplin suspekt sind und die aus ideologischen Gründen das Leistungsniveau immer weiter absenkt.

Anstatt dass sich der Bund auf seine Kernaufgaben konzentriert, indem er beispielsweise die deutsche Spitzenforschung zur Künstlichen Intelligenz und zur Kernenergienutzung fördert und beschleunigt, mischt er sich immer häufiger mit fragwürdigen Initiativen in die Angelegenheiten der Länder ein. Das jüngste Beispiel ist der sogenannte DigitalPakt Schule, für den 6,5 Milliarden Euro bereitgestellt wurden. In einem aktuellen Bericht aus diesem Jahr erklärte der Bundesrechnungshof das teure Projekt weitgehend für gescheitert: „Die Bemühungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), bundesweit übergreifende Maßnahmen und einheitliche Standards für die Digitalisierung der Schulen zu befördern, hält der Bundesrechnungshof für gescheitert. Von weiteren eigenen Strategien und Begleitprojekten zur Digitalisierung der Schulen außerhalb des „DigitalPakt Schule“ muss das BMBF absehen. Es fehlt ihm hierfür nicht nur die Zuständigkeit. Seine Initiativen führen vielmehr zu Angeboten, die redundant zu denen der Länder und damit unwirtschaftlich sind.“ (Vgl. Bundesrechnungshof, Januar 2022, <https://t1p.de/xp2dd>)

Die AfD-Fraktion hat frühzeitig vor dieser Entwicklung gewarnt und sich als einzige Fraktion gegen den „DigitalPakt Schule“ ausgesprochen (Drucksache 19/4543).



Kabul steht symbolisch für das Scheitern der westlichen Politik



Der Krieg in Afghanistan kostete Deutschland zwölf Milliarden Euro und das Leben von 59 Bundeswehrsoldaten. Unzählige physische und psychische Verletzungen kommen hinzu. Die Taliban sind heute mit der vom Westen hinterlassenen Militärtechnik besser bewaffnet als jemals zuvor.

Der SPD-Verteidigungsminister Peter Struck meinte 2003, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt. An dieser Aussage gemessen hat unser Land mit der Machtübernahme der Taliban 2021 diesen Krieg verloren. Die Liste der Fehlannahmen ist lang und taugt zum Menetekel irregeleiteter Politik schlechthin. Das Auswärtige Amt unter Außenminister Maas twitterte „Die Taliban müssen zur Kenntnis nehmen, dass es kein Zurück ins Jahr 2001 geben wird. Dagegen steht eine selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft.“ (Vgl. <https://t1p.de/t048n>). Nur Tage später hatte sich seine Außenpolitik in Luft aufgelöst.

Die AfD-Fraktion hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung des deutschen Engagements in Afghanistan zwischen 2001 und 2021 gefordert (Drucksache 20/1867). Am 8. Juli 2022 setzte der Deutsche Bundestag dann tatsächlich einen Untersuchungsausschuss zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein. Der Antrag der AfD-Fraktion hingegen wurde abgelehnt. Der Plan, in Afghanistan ein demokratisches westliches Wertesystem zu implementieren, ist krachend gescheitert.

So wie in Syrien, im Irak, in Libyen, Tunesien – eigentlich überall. Ganz offensichtlich war bei vielen politisch Verantwortlichen der Wunsch der Vater des Gedankens, eine nüchterne Analyse der Realitäten vor Ort fand nicht statt. Das zeigt sich auch bei dem naiven Vorhaben, die Afghanen für die Idee von Gleichstellung, Feminismus und Gender-Mainstreaming zu begeistern. Projekte zur „Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung von Frauen“ wurden von Deutschland als Haupt- oder Querschnittsziel „im Sinne eines Gender-Mainstreaming“ mit 112 Millionen Euro gefördert. Nichts war weiter von der Wirklichkeit afghanischer Frauen entfernt als dieses Projekt. (Vgl. <https://bit.ly/3Raf7p5>).

Von der zutiefst imperialistischen Annahme geleitet, die ganze Welt sehne sich nach nichts anderem als dem westlichen Lebensmodell, sind in den Jahren seit 1989 so gut wie alle Projekte des „Nation Building“ und der damit verbundene rigorose Demokratie- und Werteexport in sich zusammengebrochen.

Zurück bleiben chaotische Halbstaaen, Clan-Verhältnisse mit desaströsen staatlichen Strukturen, hoffnungslose Generationen und daraus resultierende Migrationsströme in Richtung Europa.

Gender dient nicht der Sichtbarmachung von Frauen, sondern dem woken Gesellschaftsumbau

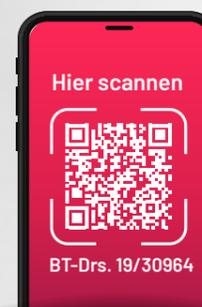
Die große Mehrheit der Deutschen lehnt die Verwendung der sogenannten „geschlechtergerechten“ Sprache in den Medien ab oder findet sie überflüssig.

Anlässlich einer Umfrage von Infratest dimap im Mai 2021 sprachen sich 65 Prozent der Befragten gegen das „Gendern“ aus, 26 Prozent befürworteten es (Vgl. <https://bit.ly/3R3Eed0>). Bei einer Forsa-Umfrage im Juni 2021 fanden 82 Prozent das Thema „Gendern“ weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig (Vgl. <https://bit.ly/3AHXplx>). Das ZDF-Politbarometer vom Juli 2021 ergab, dass 71 Prozent der Befragten eingefügte Trennungszeichen beziehungsweise Sprechpausen „nicht gut“ finden, 25 Prozent befürworten sie – was den aus Gebühren finanzierten Staatsfunk keineswegs am „Gendern“ hindert (Vgl. <https://bit.ly/3RpdseW>).

Politiker der Altparteien sprechen sich dennoch für eine einheitliche gendergerechte Sprache in Gesetzestexten und anderen Vorhaben der Regierung aus. Der Bundestag lehnte im Juni 2021 mit 531 Stimmen gegen 74 Stimmen einen AfD-

Antrag ab, in dem sich die Fraktion gegen die Verwendung der „sogenannten gendergerechten Sprache durch die Bundesregierung“ (Drucksache 19/30964) sowie in Schriftstücken des Bundestages ausgesprochen hatte. Die Stadt Hannover hat als erste die Gendersprache offiziell eingeführt. Studenten bekommen Punktabzüge, weil sie sich weigern zu gendern – dabei sind Prüfungen ein hoheitlicher Akt und gehören weder zur Forschung noch zur Lehre; die Universität darf darüber gar nicht befinden.

Die Gendersprache ist der sichtbarste Ausdruck der Gender-Ideologie. Dass sie der Bevölkerung gegen ihren Willen aufgezwungen wird, zeigt hinreichend, wie anmaßend diese Gruppen agieren, die eine vorgeblich geschlechtergerechte Sprache propagieren. Tatsächlich handelt es sich hier aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion nicht um eine Frage des Sprachstils, sondern um eine weder demokratisch noch wissenschaftlich legitimierte Setzung von Normen, denen die Bürger aber verpflichtend folgen sollen.



Das Bundes- verfassungsgericht von politischer Einflussnahme freihalten!

Die AfD-Bundestagsfraktion will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden. Insbesondere die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

Tatsächlich droht das Bundesverfassungsgericht seinen einst guten Ruf als neutraler „Hüter der Verfassung“ durch eine Reihe fragwürdiger Entscheidungen zu verspielen, indem es:

- die Organklage der AfD-Bundestagsfraktion gegen die unbegrenzte illegale Einwanderung seit September 2015 vom 11. Dezember 2018 gar nicht erst zuließ;

- im Klageverfahren zur Verfassungsmäßigkeit des Rundfunkbeitrags am 18. Juli 2018 die Zwangsbeiträge absegnete und im Rundfunkurteil vom 20. Juli 2021 einzelnen Ländern auch noch das Recht absprach, gegen eine als unverhältnismäßig empfundene Erhöhung des Rundfunkbeitrags ihr Veto einzulegen;
- mit der „Klima“-Entscheidung vom 29. April 2021 einen Programmsatz (Art. 20a GG) zu einem konkreten Befehl an die Legislative umdeutete und damit einen Blankoscheck für Grundrechtsbeschränkungen wegen jeglicher Verhaltensweisen ausstellte, die künftig von der Regierung für klimaschädlich erklärt werden;
- mit den Corona-Beschlüssen vom 19. November 2021 der Regierung das Recht zur Beschränkung einer Vielzahl von Grundrechten im Verordnungsweg zubilligte, sobald der Bundestag einen nebulös formulierten „pandemischen Notstand“ festgestellt hat, der im Grundgesetz nirgends geregelt ist.

Hier scannen



BT-Drs. 20/2763

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Die Arbeit der AfD-Fraktion in Zahlen*:

KLEINE
ANFRAGEN

485

ENTSCHLIESSUNGS-
ANTRÄGE

19

ANTRÄGE

93

SCHRIFTLICHE
EINZELANFRAGEN VON
AfD-ABGEORDNETEN

1265

MÜNDLICHE
EINZELANFRAGEN VON
AfD-ABGEORDNETEN

83

GESETZENTWÜRFE

14

Wir danken Matthias Moosdorf MdB für die Überlassung eines Manuskripts, aus dem Abschnitte für die vorliegende Broschüre übernommen wurden.



FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/afdfraktionimbundestag)
-  [gettr.com/user/
afdbundestag](https://gettr.com/user/afdbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buergler@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag;

Stand: September 2022

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.